

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Hausallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86846 ppbn d

Inhalt

Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB, Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, weist der Bundesregierung nach, daß sie die soziale Lage alter Frauen verschlimmert: Armut wächst.

Seite 1

Brigitte Traupe MdB, Berichterstatterin der SPD-Fraktion für den Verteidigungsetat im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages, trifft Feststellungen zu einem "Spiegel"-Artikel über die Bundeswehr: Ein "Sommerloch-Füller".

Seite 3

Klaus Daubertshäuser MdB, Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages, wirft Verkehrsminister Dollinger vor, auch im Investitionsbereich versagt zu haben: Fragwürdige Prestigeobjekte.

Seite 5

39. Jahrgang / 157

16. August 1984

Alte Frauen in Armut

Politik der Bundesregierung verschärft die Lage

Von Dr. Herta Däubler-Gmelin MdB

Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

In der Bundesrepublik Deutschland leben derzeit 7,8 Millionen über 60jährige Frauen - vergleichsweise mehr als in jedem anderen Land der Europäischen Gemeinschaft. Und viel zu wenige machen sich Gedanken darüber, wie diese älteren Frauen leben. Dabei haben sie unter vielfältigen Benachteiligungen, gesellschaftlicher wie politischer Art, während ihres gesamten Lebens zu leiden gehabt, Benachteiligungen, die sich jetzt im Alter noch verstärkt auswirken.

Einige Ziffern sollen dies schlagartig beleuchten:

Die durchschnittliche Rente einer Arbeiterin beträgt 411 DM, die einer weiblichen Angestellten 744 DM im Monat; die Witwenrente in der Arbeiterrenten- und Angestelltenversicherung fällt mit 631 DM und 835 DM/Monat nur wenig höher aus.

- 80 Prozent aller über 60jährigen Sozialhilfeempfänger sind Frauen,
- jeder zweite Wohngeldempfänger ist eine ältere, alleinstehende Frau.

Mit anderen Worten: Große Teile der älteren Frauengeneration sind finanziell nur sehr unzureichend abgesichert; ihr Lebensstandard ist seit dem Regierungswechsel vor zwei Jahren abgesunken: Die Rentenerhöhung ebenso wie die Anpassung der Leistungen der Sozialhilfe blieben hinter dem Preisanstieg zurück; auch gestiegene Mieten wurden nicht durch entsprechende Wohngelderhöhungen aufgefangen. Derartige finanzielle Belastungen können von älteren Frauen mit niedrigen Renten besonders schwer verkraftet werden. Tatsächlich dürfte die Zahl der heute unzureichend abgesicherten älteren Frauen noch höher liegen, wenn man die Dunkelziffer der Armut mitberücksichtigt. Bürger mit sehr niedrigem Einkommen, die dennoch keine Sozialhilfe in Anspruch nehmen, werden nach einer gerade veröffentlichten



Studie der Sozialwissenschaftlichen Forschungsstelle der Universität Bamberg auf 30 bis 40 Prozent der sozialhilfeberechtigten Personen geschätzt.

Es kann also kein Zweifel daran bestehen, die Altersversorgung vieler älterer, insbesondere alleinstehender Frauen ist dringend verbesserungsbedürftig. Dies wurde auch von Experten, Institutionen und Verbänden in einer Anhörung der SPD-Bundestagsfraktion zu den Lebensumständen älterer Frauen bestätigt; um diese Feststellung kommt auch die Bundesregierung in ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage der Sozialdemokraten nicht herum. Zwar kündigt die Bundesregierung für die anstehende Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung eine Lösung an, "die gerade für ältere Frauen zu sozial ausgewogenen und akzeptablen Ergebnissen führt" - das vom Bundesarbeitsminister vorgestellte Anrechnungsmodell einer Hinterbliebenenrente läuft aber auf das Gegenteil hinaus:

- Keine Frau hat eine Verbesserung ihrer Alterssicherung zu erwarten; künftigen Witwen wird die Hinterbliebenenrente gekürzt, wenn ihre Einkünfte aus Erwerbstätigkeit oder Rente 900 DM übersteigen;
- lediglich Männer - künftig Witwer - werden begünstigt, sie sollen einen Teil der von ihrer verstorbenen Ehefrau aufgebauten Rente erhalten;
- enttäuscht wurden auch alle Erwartungen der Mütter auf die rentensteigernde Anrechnung von Kindererziehungszeiten.

Dem steht das Rentenreformkonzept der Sozialdemokraten gegenüber, das für die Witwe wie für den Witwer 70 Prozent der von den Eheleuten aufgebauten Altersversorgung vorsieht, mindestens aber die selbsterworbene Rente. Ferner soll nach unseren Vorstellungen die Rente nach Mindesteinkommen weiter ausgebaut werden. Mit diesen Vorschlägen wollen Sozialdemokraten erreichen, daß Frauen im Alter nicht am Rande des Existenzminimums leben müssen.

Darüber hinaus soll nach unseren Vorstellungen den Müttern für jedes Kind ein Kindererziehungsjahr rentensteigernd angerechnet werden: Den jungen Frauen, die erst in einigen Jahren ein Kind zur Welt bringen, den Müttern mit kleinen oder bereits erwachsenen Kindern ebenso wie den jetzigen Rentnerinnen. Gerade die heute ältere Frauengeneration, die ihre Kinder häufig unter erschwerten Bedingungen großgezogen hat, ohne die heute üblichen finanziellen Hilfen des Staates für Familien, dürfen bei der Anrechnung von Kindererziehungszeiten nicht leer ausgehen.

Wir bedauern das Politik-Verständnis dieser Bundesregierung, die innerhalb weniger Tage Milliarden für einflußreiche Wählergruppen lockermacht, die aber die Frauen, und hier insbesondere die älteren Frauen, im Regen stehen läßt und mit leeren Versprechungen abzuspiesen versucht.

(-/16.8.1984/vo-he/rs)

+ + +



Ein "Sommerloch-Füller"

Feststellungen zu einem "Spiegel"-Beitrag über die Bundeswehr

Von Brigitte Traupe MdB

Berichterstatterin der SPD-Fraktion für den Verteidigungsetat
im Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages

Man tritt dem "Spiegel" keineswegs zu nahe, wenn man seinen letzten Artikel vom 13. August 1984 zum Thema "Bundeswehr - bedingt abwehrbereit" als das ansieht, was er ist: ein Sommerlochfüller.

Aber um eine solche Veröffentlichung herum entwickeln sich dann doch interessante Varianten durch andere Journalisten von Rundfunk, Fernsehen, Presse und durch die Politik.

Damit wird die Geschichte pikant.

Zunächst muß man den jetzigen Bundesverteidigungsminister dahingehend in Schutz nehmen, daß er den Parlamentariern schon rechtzeitig Rede und Antwort steht. Etwas anderes ist, was man als "freigewählter Abgeordneter beziehungsweise freigeählte Abgeordnete" dann von den als "geheim", "vertraulich", "nur für den Dienstgebrauch" deklarierten Papieren und ihren wirklichen Sachinformationen hält.

Oder auch von den mündlichen Aussagen in den Fachausschüssen und vor der Presse.

Ich möchte weiterhin zu jenen gehören, die aus nicht zur Veröffentlichung bestimmten Papieren auch nicht zitieren. Aber mein Urteil habe ich mir schon gebildet, auch zu dem dem Haushaltsausschuß seit Anfang April 1984 zugänglichen Bundeswehrplan 85. Augenblicklich müßte der Generalinspekteur den Bundeswehrplan 86 abgeschlossen haben, wenigstens haben der Minister und er zugesagt, dessen Analysen und Planungen bis zum Herbst 1984 und damit zur Beratung des Haushaltes für 1985 vorzulegen.

Wichtig ist etwas anderes:



Weder der Bundesverteidigungsminister noch der Generalinspekteur sind gut beraten, wenn sie an der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr Zweifel entstehen lassen. Beide Herren müßten eigentlich wissen, welche hohe Qualität die Ausbildung und Ausrüstung unserer drei Teilstreitkräfte im Vergleich zu jeder - ich wiederhole: zu jeder - konventionellen Armee in Europa besitzt. Sie müßten auf Rückfragen auch bestätigen, daß die von ihnen geforderten modernen elektronischen Führungs- und Aufklärungssysteme sowie bessere Munition teilweise noch gar nicht serienreif sind, beziehungsweise gerade erst werden.

Hier nur einige Beispiele:

Erst im Juni 1984 konnten die Mittel für neue MW-1-Tornado-Bewaffnung vergeben werden. vorher war diese technologische Waffenneuheit nicht fertig.

Die beiden ersten Lose für den Kampfpanzer Leopard II mußten 1982 ohne ein modernes Nachtsichtgerät ausgeliefert werden, da es nicht fertig war! Der nachträgliche Einbau kostete zusätzliche Steuermittel.

Zum Teil besaß die Bundeswehr für die Flugabwehr moderne hardware, die nicht zum Einsatz kommen konnte, da die software noch nicht paßte!

Wer sich wirklich in der Bundeswehr umschaute, sieht eine leistungsfähige, moderne Armee mit drei Teilstreitkräften, die in gesunder Weise untereinander konkurrieren. Er hört von den Kommandeuren vor Ort und von den Generälen wie Admirälen nicht ohne Grund die Warnung, daß zuviel moderne Elektronik oft zu störungsanfällig ist, und daß sie die sie bedienenden Menschen nicht selten überfordert. Nun sollte man den Generalinspekteur darin unterstützen, daß er in den kommenden zehn Jahren eine optimale Nutzung der jetzt zulaufenden neuen Waffenträger durch eine Verbesserung der Elektronik, des Peripheriegerätes und vor allem durch moderne Munition erreichen will. Doch, dies muß eben nicht immer nur sehr viel mehr Geld kosten! Die Herren Generäle, Ministerialbeamten und Politiker könnten sich von den jüngeren Offizieren mit dem entsprechenden Fachstudium darüber informieren lassen, wo man sinnvoll sparen und zugleich effizienter arbeiten könnte.

Augenblicklich hat die jetzige Bundesregierung in der Sicherheitspolitik eine andere vorrangige Aufgabe: Sie muß uns sagen, wie sie sich den künftigen Umfang der Bundeswehr in Friedenszeiten vorstellt. Da die Bundeswehr weder der CDU, noch der SPD, noch einer anderen Partei gehört, sondern dem äußeren Schutz aller Bürger dienen muß, wäre es gut, wenn sich der Verteidigungsminister bald um einen möglichst breiten parlamentarischen Konsens in dieser Frage bemühte. Dazu muß er aber endlich ernstzunehmende personelle Vorschläge auf den Tisch legen.

(-/16.8.1984/vo-he/rs)

+ + +



Fragwürdige Prestigeobjekte

Verkehrsminister Dollinger versagt auch im Investitionsbereich völlig

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Verkehrsausschuß des Deutschen Bundestages

Nicht wieder gut zu machende schwere Fehler enthält der Entwurf des Bundeshaushalts 1983 im Bereich der Verkehrsinvestitionen.

Vor allem wird die Benachteiligung der Bahn gegenüber der Straße erneut festgeschrieben und zwar ganz eklatant. Es gibt zwar Lippenbekenntnisse Dollingers zu Umweltschutz, Energieeinsparung und Verkehrssicherheit, aber seine Taten wirken in die Gegenrichtung. Das deutlichste Beispiel hierfür ist der kombinierte Verkehr, mit dem die Güter überweite Strecken mit der Bahn transportiert werden, während der Lkw die Sammlung und Verteilung übernimmt. Der Ausbau des kombinierten Verkehrs wurde wegen seiner besonders niedrigen Umweltbelastung, seiner Energiesparsamkeit und seiner hohen Sicherheit von allen sozialdemokratischen Verkehrsministern von Leber bis Hauff energisch vorangetrieben und finanziell gefördert.

Die positiven Auswirkungen dieses Verkehrs sind so deutlich, daß beispielsweise die österreichische Regierung gerade beschlossen hat, auf diese Weise innerhalb der nächsten zehn Jahre den gesamten Nord/Süd-Transitverkehr durch Österreich von der Straße auf die Schiene zu verlegen. Aber gerade in diesem Moment, wo es europäisch ein großes Stück aufwärts im kombinierten Verkehr gehen könnte, sperrt Dollinger die Gelder: eine weitere finanzielle Förderung des kombinierten Verkehrs, die von der früheren sozialliberalen Koalition noch bis 1985 festgeschrieben wurde, ist im Entwurf des Bundeshaushalts 1985 nicht mehr vorgesehen. Und das, obwohl einschlägige Prognosen einen Anstieg des Straßengüterverkehrs um nochmals 40 Prozent bis zum Jahre 2.000 vorhersagen, wenn nichts geschieht. Es läßt sich leicht vorstellen, was es für Abgasbelastung, Lärm, Landschafts- und Energieverbrauch und nicht zuletzt Verkehrssicherung bedeutet, wenn wir dieser Entwicklung ungezügelt ihren Lauf lassen und nochmals fast die Hälfte mehr Lkws auf unsere Straßen verkehren als heute.



Die weitere und möglichst verstärkte Förderung des kombinierten Verkehrs wäre ein gutes Mittel, hier ohne dirigistische Maßnahmen vernünftige Verkehrsverlagerungen zu erreichen.

Neben dem kombinierten Verkehr ist es vor allem die Bundesbahn, die unter Dollingers Investitionspolitik zu leiden hat: Zwar kann sie ihre Neu- und Ausbaustrecken für den Fernverkehr weiterbauen, aber wie wurde dieses Ziel erreicht: Die Liquiditätshilfen und die Abgeltungsleistung für den Schienenpersonennahverkehr wurden drastisch verringert. Für sonstige Investitionen, vor allem im Zubringerverkehr, wurde das Geld radikal gekürzt und vor allem wird die Bahn nicht von ihren Altschulden befreit, obwohl selbst Franz-Josef Strauß diese Forderung der Sozialdemokraten lebhaft unterstützt.

Auch die für den öffentlichen Personennahverkehr lebensnotwendigen Investitionen werden gegenüber den Ansätzen der sozialliberalen Koalition gekürzt, die Benachteiligung des öffentlichen Personennahverkehrs gegenüber dem Individualverkehr wird damit weiter vergrößert.

Im Straßenbau selbst müßten die Investitionen verstärkt in die Beseitigung von Unfallschwerpunkten und Eisenbahnkreuzungen, den Bau von Ortsumgehungen bei gleichzeitiger Verkehrsberuhigung der entlasteten Ortsdurchfahrten und in den Bau von Radwegen fließen.

Doch wo gehen die Verkehrsinvestitionen bei Dollinger hin? In umweltzerstörerische und auch wirtschaftlich fragwürdige Prestigeobjekte wie Autobahnneubau und den Rhein-Main-Donau-Kanal. Hauptsache ist für Dollinger, daß das Geld nach Bayern fließt. Damit, so glaubt er wohl, kann er seinen Minister-Sessel über das Frühjahr 1985 retten.
(-/16.8.1984/vo-he/rs)

+ + +

